

Sandra Seidl

Ausländische Vollstreckungstitel und inländischer
Bestimmtheitsgrundsatz

Eine Untersuchung zum autonomen und europäischen Exequaturrecht
und zur Abschaffung des Exequaturverfahrens

Studien zum Internationalen Privat- und Verfahrensrecht

Band 32

Herausgegeben von den Professoren

Dr. Wolfgang Hau, Dr. Stefan Leible, Dr. Dirk Looschelders,
Dr. Peter Mankowski, Dr. Ansgar Staudinger, Dr. Hannes Unberath

Ausländische Vollstreckungstitel und inländischer Bestimmtheitsgrundsatz

Eine Untersuchung zum autonomen und europäischen Exequaturrecht
und zur Abschaffung des Exequaturverfahrens

von

Sandra Seidl

JWV

Jenaer Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2010

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

©2010 JWV Jenaer Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH

Druck: Bookstation GmbH, Sipplingen

Satz: Rene Wieser (www.lynx-typografie.de)

Printed in Germany

ISBN (print) 978-3-86653-158-1

ISBN (eBook) 978-3-86653-915-0

ISSN 1861-5619

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem)

Papier entsprechend ISO 9706

Internet: www.jwv.de

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2009/2010 von der Juristischen Fakultät der Universität Passau als Dissertation angenommen. Sie befindet sich auf dem Stand von März 2010.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Wolfgang Hau. Er hat das Thema angeregt und die Arbeit mit großem Einsatz betreut und gefördert. Danken möchte ich ihm aber nicht zuletzt auch dafür, dass er in zahlreichen Vorlesungen an der Universität Passau meine Begeisterung für das Internationale Zivilverfahrensrecht weckte. Für die Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Prof. Dr. Dennis Solomon, LL.M. (Berkeley).

Ein herzliches Dankeschön gilt Kerstin und Felix, die das Korrekturlesen übernommen haben.

Danken möchte ich an dieser Stelle auch meinen Eltern, die mich stets unterstützt und gefördert und mir eine akademische Ausbildung ermöglicht haben.

Mein Freund Felix hat mir – nicht nur während der entscheidenden Phasen dieser Arbeit – stets Rückhalt gegeben. In Dankbarkeit für seine Unterstützung und Geduld möchte ich ihm dieses Buch widmen.

Köln, im Mai 2010

Sandra Seidl

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	31
Kapitel 1: Bestimmtheitsgrundsatz des deutschen Vollstreckungsrechts	35
Kapitel 2: Problematische Fallgruppen ausländischer Titel . .	57
Kapitel 3: Rechtsfolgen fehlender Bestimmtheit inländischer Titel	83
Kapitel 4: Nach autonomem Recht exequaturbedürftige Titel	119
Kapitel 5: Nach der Brüssel I-VO exequaturbedürftige Titel .	185
Kapitel 6: Nicht exequaturbedürftige Titel	231
Literaturverzeichnis	259
Stichwortverzeichnis	281

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	31
A. Problemstellung	31
B. Gang der Untersuchung	33
Kapitel 1: Bestimmtheitsgrundsatz des deutschen Vollstreckungsrechts	35
A. Grundlagen des Bestimmtheitsgrundsatzes	35
I. Verfassungsrechtlicher Bestimmtheits- grundsatz	36
1. Bestimmtheitsgrundsatz als Aus- fluss des Rechtsstaatsprinzips	36
2. Geltung für Vollstreckungstitel	36
II. Struktur der Zwangsvollstreckung	37
1. Bestimmtheitsgrundsatz als Aus- fluss der Formalisierung	37
2. Adressaten des Titels	39
3. Dezentralisierung der Zwangsvoll- streckung	39
B. Inhalt des Bestimmtheitsgrundsatzes	40
I. Verweis auf andere Urkunden	41
II. Auslegung des Titels	42
III. Bezugnahme auf außerurkundliche Größen	42
1. Praktische Relevanz	42
2. Verfahrensstadium für die Konkreti- sierung	43

3.	Bestimmtheitsanforderungen	45
a)	Eindeutige Bezeichnung von Bezugsgröße und Berech- nungsmodalitäten	46
b)	Allgemein zugänglichkeit der Bezugsgröße	47
c)	Einfache und mühelose Berechnung	48
C.	Geltung für ausländische Titel	50
I.	Geltung der lex fori im Vollstreckungs- verfahren	50
II.	Respektierung ausländischer Tenorie- rungsgewohnheiten	51
1.	Maßgeblichkeit des Rechts des Ur- sprungsstaates für Inhalt und Um- fang des vollstreckbaren Anspruchs .	51
2.	Vollstreckungsanspruch des Gläubigers	52
3.	Staatsvertragliche bzw. unionsrecht- liche Vollstreckungspflicht	52
III.	Unbestimmte ausländische Titel als An- passungsproblem	54

Kapitel 2: Problematische Fallgruppen ausländischer

Titel	57
A.	Verweis auf außerurkundliche Größen	57
I.	Verurteilung zur Zahlung gesetzlicher Zinsen	57
1.	Frankreich	57
2.	Andere Länder	60
4.	Überschrift für Inhaltsverzeichnis	62
4.	Bestimmtheitsproblematik	63
II.	Verurteilung zur Zahlung gesetzlicher Mehrwertsteuer	64
III.	Dynamisierte Unterhaltstitel	64
1.	Indexierung kraft Gesetzes	65
2.	Indexierung kraft Richterspruchs	66
3.	Bezugnahme auf einen Regelsatz	67
4.	Bestimmtheitsproblematik	68
a)	Indexierte Titel	68
b)	Bezugnahme auf einen Regelsatz	69
aa)	Rechtslage vor der Unter- haltsrechtsreform	69

bb)	Rechtslage nach der Unterhaltsrechtsreform	72
IV.	Lohnquotentitel	74
1.	Ausländische Tenorierungsgewohnheiten	74
2.	Bestimmtheitsproblematik	75
V.	Zusammenfassung	77
1.	Kategorisierung der Beispiele	77
2.	Terminologie	77
B.	Bedingte Titel	78
C.	Ohne Tenorierung vollstreckbare (Neben-)Forderungen	79
I.	Zinsen	79
II.	Kosten	80
III.	Erstattungsanspruch nach Urteilsaufhebung	81
IV.	Bestimmtheitsproblematik	82

Kapitel 3: Rechtsfolgen fehlender Bestimmtheit inländischer Titel

A.	Auswirkung auf die Wirksamkeit des Titels	83
B.	Ablehnung der Klauselerteilung	85
C.	Ablehnung der Vollstreckung	86
I.	Die herrschende Meinung	86
II.	Die Ansicht Wolfsteiners	87
III.	Stellungnahme	88
D.	Teilweise unbestimmte Titel	89
E.	Geltendmachung der Unbestimmtheit durch den Schuldner	89
I.	Vorgehen gegen die Klausel	89
II.	Vorgehen gegen konkrete Vollstreckungsmaßnahmen	90
III.	Vorgehen gegen den Titel	91
1.	Standpunkt der Rechtsprechung	91
a)	Exkurs: Entwicklung der Titelgegenklage	92
b)	Unbestimmtheit des Titels als Grundlage einer Titelgegenklage	93
2.	Standpunkt der Literatur	95
3.	Überprüfung der Rechtsprechung	96
a)	Planwidrige Rechtsschutzlücke	96

aa)	Keine Verhinderung der Klauselerteilung	96
bb)	Verfahrensverdoppelung bei mehreren vollstreckbaren Ausfertigungen	97
cc)	Keine Verhinderung einer erneuten Klauselerteilung?	99
dd)	Gefahr des doppelten Unterliegens bei gleichzeitigen materiell-rechtlichen Einwendungen?	102
	(1) Die Prämissen des BGH	102
	(2) Widerlegung	103
ee)	Geringere Richtigkeitsgewähr?	105
ff)	Zwischenergebnis	106
gg)	Negative Feststellungsklage	106
b)	Vergleichbarkeit	108
c)	Ergebnis	109
4.	Verhältnis von Titelgegenklage und Vollstreckungsabwehrklage	109
5.	Präklusion	110
F.	Nachbesserungsmöglichkeiten des Gläubigers	111
I.	Klauselerteilungsverfahren	111
II.	Vollstreckungsrechtliches Rechtsbehelfsverfahren	111
III.	Urteilsberichtigung gemäß § 319 ZPO	112
IV.	Erneutes Erkenntnisverfahren	114
1.	Feststellungsklage	114
2.	Leistungsklage	116
a)	Keine entgegenstehende Rechtskraft	116
b)	Rechtsschutzbedürfnis	116
3.	Bindungswirkung des unbestimmten Titels	118
Kapitel 4: Nach autonomem Recht exequaturbedürftige Titel		
A.	Notwendigkeit der Vollstreckbarerklärung	119
B.	Verfahrensstadium für die Konkretisierung	120

I.	Klarstellung im Ursprungsstaat	120
II.	Erneutes Erkenntnisverfahren im Inland .	122
	1. Internationale Zuständigkeit	123
	2. Keine entgegenstehende Rechtskraft .	124
	3. Bindungswirkung des unbestimm- ten ausländischen Titels	126
III.	Exequaturverfahren	126
	1. Geltung des Bestimmtheitsgrund- satzes (erst) für das Exequatururteil .	126
	2. Schaffung einer sicheren Grundlage für die Vollstreckung	129
	3. Richtigkeitsgewähr durch richterli- che Zuständigkeit	129
IV.	Klauselerteilungs- und Vollstreckungs- verfahren	131
V.	Stellungnahme	132
C.	Verfahren der Konkretisierung	134
	I. Antragserfordernis	134
	II. Ermittlung von Tatsachen und auslän- dischem Recht	135
	III. Rechtsbehelfe	137
D.	Grenzen der Konkretisierung	138
	I. Hinreichende Bestimmtheit nach dem Recht des Ursprungsstaates	138
	II. Zulässigkeit ergänzender Sachentschei- dungen	140
	1. Meinungsstand zur Berücksichti- gung von Abänderungsgründen	142
	a) Die herrschende Meinung	143
	aa) Verbot der révision au fond	143
	bb) Streitgegenstand des Exe- quaturverfahrens	145
	cc) Internationale Zuständigkeit	145
	dd) Parteiinteressen	146
	b) Die Ansicht Geimers und Gottwalds	147
	2. Meinungsstand zur Berücksichti- gung von Vollstreckungsgegenein- wänden	148

	a)	Die herrschende Meinung	148
	b)	Die Ansicht Nelles	149
	3.	Übertragung der Argumente auf die Konkretisierung unbestimmter Titel	151
	a)	Parteiinteressen	151
	b)	Prozessökonomie	152
	c)	Streitgegenstand des Exequaturverfahrens	153
	d)	Verbot der révision au fond	154
	e)	Internationale Zuständigkeit	156
	f)	Ergebnis	156
E.		Übertragung der Ergebnisse auf die untersuchten Fallgruppen	158
	I.	Verweis auf außerurkundliche Größen	158
	1.	Verurteilung zur Zahlung gesetzlicher Zinsen	160
	a)	Konkretisierung des gesetzlichen Zinssatzes	160
	b)	Zweifel bezüglich des auf die Zinshöhe anwendbaren Rechts	163
	c)	Konkretisierung des Verzinsungsbeginns	166
	2.	Verurteilung zur Zahlung gesetzlicher Mehrwertsteuer	167
	3.	Dynamisierte Unterhaltstitel	167
	4.	Lohnquotentitel	169
	5.	Exkurs: § 110 FamFG	171
	II.	Bedingte Titel	172
	III.	Ohne Tenorierung vollstreckbare (Neben-)Forderungen	172
	1.	Zinsen	173
	a)	Anwendbares Recht	173
	b)	Abgrenzung zur weiter gehenden Ergänzungsbefugnis französischer Exequaturgerichte	174
	2.	Kosten	177
	3.	Erstattungsanspruch nach Urteilsaufhebung	178

F.	Rechtsfolgen fehlender Konkretisierungsfähigkeit	178
I.	Auswirkung auf die Wirksamkeit des Titels	179
II.	Ablehnung des Exequaturs	179
	1. Rechtsgrundlage	179
	2. Teilweise unbestimmte Titel	180
III.	Ablehnung der Klauselerteilung und der Vollstreckung	181
IV.	Geltendmachung der Unbestimmtheit durch den Schuldner	181
	1. Negative Feststellungsklage bezüglich der Exequaturfähigkeit	181
	2. Vorgehen gegen die Exequaturentscheidung, die Klauselerteilung und konkrete Vollstreckungsmaßnahmen .	182
	3. Vorgehen gegen den Titel	183
G.	Zusammenfassung	184
Kapitel 5: Nach der Brüssel I-VO exequaturbedürftige Titel		
A.	Straffung des Exequaturverfahrens	185
B.	Verfahrensstadium für die Konkretisierung .	186
I.	Nachteile eines erneuten Erkenntnisverfahrens im Vollstreckungsstaat	186
	1. Verzögerung der Zwangsvollstreckung	186
	2. Kosten	187
II.	Kein eigenständiges Klauselerteilungsverfahren	188
III.	Spezialisierung des Exequaturgerichts . .	188
IV.	Ergebnis	189
C.	Grenzen der Konkretisierung	190
I.	Hinreichende Bestimmtheit nach dem Recht des Ursprungsstaates	190
II.	Einschränkungen aufgrund der Vereinfachung des Exequaturverfahrens	191
	1. „Wiedergabe“ der zu vollstreckenden Verpflichtung gemäß § 8 AVAG .	191
	2. Unverzüglichkeit des Exequaturs . . .	192
	3. Nachweis außerurkundlicher Umstände im einseitigen Verfahren . . .	193

a)	§ 7 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 AVAG	194
b)	Qualifizierter urkundlicher Nachweis	197
aa)	Eingeschränkte Beweis- kraft von Privaturkunden	197
bb)	Die Figur der unbedenkli- chen Urkunde	199
cc)	Stellungnahme	200
c)	Keine weiter gehenden Kon- kretisierungsmöglichkeiten im Beschwerdeverfahren	203
4.	Zulässigkeit ergänzender Sachent- scheidungen	204
a)	Meinungsstand zur Berück- sichtigung von Abänderungs- gründen	204
b)	Meinungsstand zur Berück- sichtigung von Vollstreckungs- gegeneinwänden	205
c)	Übertragung der Argumente auf die Konkretisierung unbe- stimmter Titel	207
D.	Übertragung der Ergebnisse auf die unter- suchten Fallgruppen	207
I.	Verweis auf außerurkundliche Größen	207
1.	Verurteilung zur Zahlung gesetzli- cher Zinsen	208
2.	Verurteilung zur Zahlung gesetzli- cher Mehrwertsteuer	210
3.	Dynamisierte Unterhaltstitel	210
4.	Lohnquotentitel	211
II.	Bedingte Titel	211
III.	Ohne Tenorierung vollstreckbare (Neben-)Forderungen	212
E.	Rechtsfolgen fehlender Konkretisierungsfä- higkeit	213
I.	Ablehnung des Exequaturs	213
1.	Rechtsgrundlage	213

a)	Unbestimmtheit als Ordre-public-Verstoß	214
aa)	Restriktive Handhabung des Ordre-public-Vorbehalts	214
bb)	Ordre-public-Gehalt des Bestimmtheitsgebots	216
cc)	Keine Ordre-public-Prüfung im erstinstanzlichen Verfahren	217
b)	Bestimmtheit als ungeschriebene Exequaturvoraussetzung	218
c)	Ergebnis	221
2.	Teilweise unbestimmte Titel	221
II.	Ablehnung der Klauselerteilung	222
III.	Ablehnung der Vollstreckung	222
IV.	Geltendmachung der Unbestimmtheit durch den Schuldner	224
1.	Negative Feststellungsklage bezüglich der Exequaturfähigkeit	224
2.	Vorgehen gegen die Exequaturentscheidung	226
3.	Vorgehen gegen konkrete Vollstreckungsmaßnahmen und den Titel	226
F.	Zusammenfassung und Bewertung	227
I.	Einschränkungen gegenüber dem autonomen Exequaturverfahren	227
II.	Vorschläge für die Revision der Verordnung	227
Kapitel 6:	Nicht exequaturbedürftige Titel	231
A.	Abschaffung des Exequaturverfahrens innerhalb der EU	231
I.	Stand der Gesetzgebung	231
II.	Unmittelbare Geltung des Bestimmtheitsgrundsatzes für den ausländischen Titel	233
B.	Untersuchung der einzelnen Verordnungen	234
I.	Brüssel IIa-VO	234
II.	EuVTVO	236
1.	Beschränkung auf bestimmte Geldforderungen	236

2.	Auswirkungen auf die untersuchten Fallgruppen	238
a)	Verweis auf außerurkundliche Größen	238
aa)	Verurteilung zur Zahlung gesetzlicher Zinsen	239
bb)	Verurteilung zur Zahlung gesetzlicher Mehrwertsteuer	240
cc)	Dynamisierte Unterhaltstitel (1) Bezugnahme auf einen Regelsatz	241
	(2) Indexierung	242
dd)	Lohnquotentitel	242
b)	Bedingte Titel	242
c)	Ohne Tenorierung vollstreckbare (Neben-)Forderungen	244
3.	Rechtsfolgen mangelnder Bestimmtheit	245
4.	Zusammenfassung	246
III.	EuMahnVO	246
1.	Beschränkung auf bezifferte Geldforderungen	246
2.	Auswirkungen auf die untersuchten Fallgruppen	247
a)	Verweis auf außerurkundliche Größen	247
b)	Bedingte Titel	248
c)	Ohne Tenorierung vollstreckbare (Neben-)Forderungen	249
3.	Zusammenfassung	249
IV.	EuBagatellVO	250
1.	Keine Beschränkung hinsichtlich der Art der Forderung	250
2.	Gestaltung des Formblattes	250
3.	Auswirkungen auf die untersuchten Fallgruppen	251
a)	Verweis auf außerurkundliche Größen	251
b)	Bedingte Titel	251

c)	Ohne Tenorierung vollstreck-	
	bare (Neben-)Forderungen . . .	252
	4. Zusammenfassung	252
	V. EuUntVO	252
C.	Behandlung unbestimmter Titel	254
	I. Keine Ablehnung der Vollstreckung . . .	254
	II. Anpassung des zweitstaatlichen	
	Zwangsvollstreckungsrechts	255
	III. Praktische Einschränkung der Ausle-	
	gungsmöglichkeiten	257
D.	Zusammenfassung und Ausblick	258
Literaturverzeichnis		259
Stichwortverzeichnis		281